



SCHOOL-SCOUT.DE

Unterrichtsmaterialien in digitaler und in gedruckter Form

Auszug aus:

*Die Europäische Union - jetzt mit eingebetteten
Videosequenzen*

Das komplette Material finden Sie hier:

School-Scout.de





Der europäische Integrationsprozess



<https://pixabay.com/de/vectors/europa-europ%C3%A4ischen-union-flagge-155191/> (CC0), 02.03.2020

Vertragsabschluss/ in Kraft	Ereignis
08.05.45	Ende des Zweiten Weltkrieges
23.05.49	Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland tritt in Kraft
07.10.49	Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR)
1949	Gründung des Europarates Forum zur Schaffung gemeinsamer Rechtsgrundlagen und der kulturellen Zusammenarbeit. Der Europarat hat nichts mit der späteren EG oder EU zu tun.
1951/52	Gründung der Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) Schuman-Plan (1950) Mitglieder: Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Niederlande, Luxemburg Ziele der im Jahre 2002 auslaufenden EGKS: u.a. ein gemeinsamer Markt für Kohle, Stahl und Schrott, eine rationelle Erzeugung und Verteilung der Rohstoffe
1957/58	Römische Verträge: Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (EAG) durch EGKS-Staaten. Ziele der EWG sind u.a.: Schaffung einer Zollunion, eines gemeinsamen Agrarmarktes, einer gemeinsamen Verkehrspolitik und Schaffung der Freizügigkeit im Waren-, Dienstleistungs-, Kapital- und Personenverkehr.
1959/60	Errichtung der EFTA (European Free Trade Association) durch Dänemark, Großbritannien, Österreich, Norwegen, Portugal, Schweden und die Schweiz
1965/67	Verschmelzung der Exekutivorgane der drei Europäischen Gemeinschaften (EG)
1968/70	Vollendung der Zollunion im gewerblichen/landwirtschaftlichen Bereich (keine Binnenzölle, gemeinsamer Außenzoll)
1970	Werner-Plan zur Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion (gemeinsame Wirtschafts- und Währungspolitik)
1972/73	Beitritt von Großbritannien, Dänemark und Irland zur EG
1972	Beginn des Europäischen Wechselkursverbunds ohne Großbritannien, Italien und Irland. Festes Wechselkurssystem mit einer Bandbreite Die Umsetzung scheitert in den 70er Jahren.
1979	Beginn des Europäischen Währungssystems (EWS) Festes Wechselkurssystem mit einer Bandbreite von Fehler! Textmarke nicht definiert. 2,25 %
1979	Erste Direktwahl zum Europäischen Parlament (vorher Entsendung durch die nationalen Parlamente)
1981	Beitritt Griechenlands zur EG
1985	Weißbuch der EG Kommission zum Binnenmarkt
1985/1995	Schengener Abkommen (Luxemburg) zum Abbau der Kontrollen an den Binnengrenzen (2002: Großbritannien und Irland gehören dem Abkommen nicht an)

Vertragsabschluss/ in Kraft	Ereignis
1986	Beitritt von Spanien und Portugal zur EG
1986/87	Einheitliche Europäische Akte (EEA) Erste Reform der Römischen Verträge mit dem Ziel der Schaffung eines Binnenmarktes bis zum 31.12.1992
1988	Cecchini-Bericht über die Vorteile eines Binnenmarktes
1989	Delors Plan zur Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) (gemeinsame Wirtschafts- und Währungspolitik)
3.10.90	Deutsche Wiedervereinigung
1990/91	Verhandlungen zur WWU und zur politischen Union Beginn der 1. Stufe der WWU schon 1990 mit dem Ziel, den Binnenmarkt 1993 zu schaffen (u.a. Liberalisierung des Kapitalverkehrs, Verstärkung der währungspolitischen Koordination, Vollendung des Binnenmarktes)
1991	Auflösung der Sowjetunion
1992/93	Maastrichter Verträge Unterzeichnung des Vertrages über die Europäische Union (EU) (WWU in drei Stufen und politische Union im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und Inneres/Justiz)
1992/93	Abkommen mit der Europäischen Freihandelszone (EFTA Staaten: Schweiz, Island, Norwegen, Schweden, Finnland, Liechtenstein, Österreich) über Europäischen Wirtschaftsraum (EWR). Beginn des EWR ohne die Schweiz.
1993	Beginn des Binnenmarktes
1994	Beginn der zweiten Stufe der WWU (u.a. EWI in Frankfurt)
1995	Österreich, Schweden und Finnland treten der EU bei
29.3.1996	Regierungskonferenz zur Überarbeitung des Vertrages über die EU in Turin. (Maastricht II) Verfahren und Zuständigkeiten der EU werden einer gründlichen Prüfung unterzogen.
1997	Stabilitäts- und Wachstumspakt Vereinbarung zur Budgetdisziplin der Mitglieder der WWU mit Sanktionsmöglichkeiten bei Verstößen.
2.10.1997	Amsterdamer Vertrag (neue Rechtsgrundlagen zur: - Innen- und Rechtspolitik - Antidiskriminierungspolitik - Beschäftigungs- und Sozialpolitik - Reform der EU-Institutionen - gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik)
ab 1998	Verhandlungen zur Erweiterung der EU um die zehn assoziierten mittel- und osteuropäischen Staaten, Zypern und Malta
1.1.1999	Dritte Stufe der Währungsunion (Die Europäische Zentralbank (EZB) löst das EWI ab, Einführung des EURO, Gründung des EWS II für diejenigen Länder, die nicht an der Gemeinschaftswährung teilnehmen)
12.2000	Vertrag von Nizza



Der Weg zur Europäischen Union

28 Länder gehören heute zur Europäischen Union (EU) - und bis auf Bulgarien, Dänemark, Großbritannien, Kroatien, Polen, Rumänien, Schweden, Tschechische Republik und Ungarn nehmen alle an der am 1. Januar 2002 in Kraft getretenen **Europäischen Währungsunion (EWU)** teil und führten den Euro als Bargeld ein. Dieses Ziel konnte von den europäischen Ländern durch eine schrittweise Integration erreicht werden.



<https://pixabay.com/de/vectors/europa-europ%C3%A4ischen-union-flagge-155191/> (CCO), 02.03.2020



<https://pixabay.com/de/photos/h%C3%A4ndeschlag-3091906/> (CCO), 02.03.2020

Vor 50 Jahren wurde der Grundstein zur europäischen Einigung gelegt. Kurz nach Ende des zweiten Weltkriegs beschlossen einige Regierungen europäischer Staaten, freiwillig mit anderen eine wirtschaftliche Gemeinschaft zu errichten. Mit diesem Schritt verbanden sie auch die Hoffnung, künftig Kriege zu verhindern und den Frieden sichern zu können.

Im Mai 1950 unterbreitete Frankreich seinem ehemaligen Kriegsgegner Deutschland den Vorschlag zum Aufbau einer **Montanunion**. Der so genannte Schumanplan führte 1952 zur

Gründung der **Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)**. Neben Deutschland und Frankreich traten Belgien, Italien, Luxemburg und Holland dieser Gemeinschaft bei.

Im Jahr 1958 unterzeichneten die sechs Staaten die so genannten **Römischen Verträge** und gründeten damit die **Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)** und die **Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM)**. Ziele dieser Gemeinschaften waren die Beseitigung der Binnenzölle, ein gemeinsamer Außenzoll, ein gemeinsamer Markt, eine **Wirtschafts- und Währungsunion (WWU)** und die friedliche Nutzung der Kernenergie.

Großbritannien, Dänemark, Österreich, Portugal und die Schweiz gründeten 1960 im Gegenzug die **Europäische Freihandelsassoziation (EFTA)**. Die Staaten begrüßten die Errichtung eines Binnenmarktes, wollten aber aus innenpolitischen Gründen der EWG nicht beitreten.

1967 schlossen sich die drei Gemeinschaften EGKS, EURATOM und EWG unter dem gemeinsamen Dach der **Europäischen Gemeinschaften (EG)** zusammen. Ziel des Binnenmarktprojektes war es, die nationalen Wirtschaftsräume zu öffnen und damit Wachstum, Lebensstandard und Wettbewerbsfähigkeit in Europa zu steigern. Geht man von den Römischen Verträgen aus, hätte der Binnenmarkt bereits 1970 verwirklicht sein sollen. Der einführende Schritt wurde im Juli 1968 mit der Verwirklichung der Zollunion getan, die die Mengenbeschränkungen und die Zölle für Waren aufhob.

1970 wurde mit dem Werner-Bericht eine Wirtschafts- und Währungsunion mit der Einführung einer gemeinsamen Währung beschlossen. 1971 folgte die Verabschiedung eines Stufenplans zur Vereinheitlichung von Wirtschaft und Währung, bevor 1972 der Europäische Wechselkursverbund zur Verringerung von Wechselkursschwankungen gegründet wurde (Währungsschlange). 1979 schließlich startete das Europäische Währungssystem (EWS) mit der Verrechnungseinheit ECU (European Currency Unit), die als Vorläufer des Euro gilt.

1973 traten Dänemark, Großbritannien und Irland der EG bei. Damit bildeten die „EG der Neun“ und die Rest-EFTA, der inzwischen noch Finnland, Island, Norwegen und Schweden beigetreten waren, bereits eine große Freihandelszone. Ziel für die EG blieb jedoch ein uneingeschränkter Binnenmarkt.

1981 trat Griechenland der EG bei, ihm folgten 1986 Spanien und Portugal. Die erste grundlegende Änderung und Ergänzung der Gründungsverträge erfolgte durch die am 1.7.1987 in

- 1987 Einheitliche Europäische Akte
Organe der Gemeinschaft gestärkt, die Kompetenzen und die Ziele der Integration erweitert sowie die Schaffung des Binnenmarkts bis Ende 1992 festgeschrieben.
- 1.1.1993 Binnenmarkt mit den vier Freiheiten
- freier Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital
- 1992 Maastrichter Vertrag zur Wirtschafts- und Währungsunion
Erste Stufe (Liberalisierung des Kapitalverkehrs, engere wirtschaftspolitische Abstimmung der Regierungen, verstärkte Zusammenarbeit der Zentralbanken) trat schon 1990 in Kraft.
Die EG in die Europäische Union umgewandelt.
Neue Arbeitsfelder kamen hinzu: Bildung, Kultur, Gesundheitswesen, Verbraucherschutz, Industrie, Entwicklungshilfe, Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), Justiz und Inneres.
- 1995 traten Finnland, Österreich und Schweden der EU bei
- 1994 begann die zweite Stufe der WWU
Die Haushaltslage der Mitglieder und die Unabhängigkeit der Zentralbanken wurde überwacht, das Europäische Währungsinstitut (EWI) wurde mit Sitz in Frankfurt am Main eingerichtet.
- 1999/1997 Vertrag von Amsterdam
Änderung und Ergänzung der Stellung der Organe, die Kompetenzen der Gemeinschaft erweitert, Diskriminierung verboten, Kohärenz, Effizienz und Transparenz der GASP verbessert sowie als neues Ziel der Union die Schaffung eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts festgeschrieben.
- 1987-1997 Zehn mittel- und osteuropäische Staaten und vier weitere Staaten haben zwischen 1987 und 1997 Beitrittsanträge an die Europäische Union gestellt.
- 1998 bilateralen Beitrittsverhandlungen mit Estland, Polen, Slowenien, der Tschechischen Republik, Ungarn und Zypern
- 1998 über die Teilnehmer an der Währungsunion entschieden
Europäische Zentralbank (EZB) nimmt Arbeit auf
- 1999 die dritte Stufe der WWU mit der Einführung des Euro als Buchgeld
- 2000 bilateralen Beitrittsverhandlungen mit Bulgarien, Lettland, Litauen, der Slowakischen Republik, Rumänien und Malta
- 2000 Vertrag von Nizza
institutionelle Änderungen durch vergrößerte EU
- Januar 2002 Einführung des Euro-Bargelds
bis auf Schweden, Dänemark und Großbritannien nehmen auch alle an der Europäischen Währungsunion (EWU) teil
- Der Konvent zur Zukunft der EU (2002) erzielte am 13.6.2003 weitgehend Konsens zu einem Entwurf eines Vertrags über eine Verfassung für Europa. Der Verfassungsvertrag wird in

Und besonders für uns Deutsche: Kein Staat in Europa hat so viele Grenznachbarn wie Deutschland: neun.





SCHOOL-SCOUT.DE

Unterrichtsmaterialien in digitaler und in gedruckter Form

Auszug aus:

*Die Europäische Union - jetzt mit eingebetteten
Videosequenzen*

Das komplette Material finden Sie hier:

School-Scout.de

